

# Ein attraktiveres Europa

*Gespräch mit Martin Schulz*

## »Europa muss sein solidarischeres Gesellschaftsmodell auch in Zeiten der Globalisierung verteidigen«

*Wie kann die EU wieder attraktiv für seine Bürgerinnen und Bürger werden? Welches Europa wollen wir? Und wie wird Europa den deutschen Wahlkampf beeinflussen? Diesen und anderen Fragen stellte sich der Präsident des Europäischen Parlamentes im Gespräch mit Thomas Meyer.*

**NG/FH:** Wir sind in der Europapolitik an einer Weggabelung angelangt, an der wir uns fragen müssen, in welche Richtung wir gehen möchten, welche Alternativen wir haben und was für uns alle, die Bürgerinnen und Bürger Europas und die Mitgliedsländer auf dem Spiel steht. Welche möglichen Alternativen sehen Sie in diesem wahrhaft historischen Moment?

**Martin Schulz:** Ich glaube, dass es nötig ist, zunächst einmal den Satz »Europa ist ohne Alternative« zu verneinen. Alles hat Alternativen. Darum dreht sich die europäische Debatte derzeit: Besitzen wir den Mut, die europäische Zusammenarbeit, die Kooperation von Völkern und Staaten in gemeinschaftlichen Organisationen gerade wegen der Entwicklung der letzten Jahre weiter auszubauen oder kapitulieren wir? Verfallen wir in eine Regression, zurück in die »geschützte Heimat«? Dies wäre der sichere Weg in die internationale Bedeutungslosigkeit der Europäer.

**NG/FH:** Wir haben jetzt aber eine Situation, in der es so aussieht, als würden sich die Bürger immer mehr von Europa abwenden und viele Politiker in den Mitgliedsstaaten der EU scheinen der europäischen Einigung in einem historischen Augenblick überdrüssig, in dem doch gerade Schwung für einen Neuanfang verlangt wird. Wie soll das künftige Europa unter

diesen Voraussetzungen überhaupt möglich sein?

**Schulz:** In dem wir die verschiedenen Sorgen und Nöte der Menschen in den Mitgliedsstaaten ernst nehmen und versuchen, Lösungen für sie zu finden. Nicht jeder, der die EU kritisiert, ist gleich ein EU-Skeptiker. Ich selbst gehöre ja auch zu den Kritikern der EU, aber genau durch die Kritik ist es ja möglich, Fehler zu erkennen und auszubessern. Um dies zu können, müssen wir uns auch immer wieder fragen, was denn überhaupt die Idee hinter der europäischen Einigung ist.

Die europäischen Staaten und Völker stehen im 21. Jahrhundert vor einer Reihe von Fragen, die keiner bzw. keines noch allein beantworten kann. Kein Staat für sich könnte die Frage des Klimawandels, des ökonomischen Wandels oder der Verflechtung der internationalen Finanzmärkte beantworten. Wir alle würden schnell an die Grenzen unserer Handlungsfähigkeit stoßen. Um diese Probleme lösen zu können, benötigen wir die Kraft von 500 Millionen Menschen, die immer noch die reichste Zone der Erde bewohnen, in der es zwar viele politisch starke Staaten gibt, von denen aber keiner mehr stark genug ist, sich global alleine zu behaupten. Daher brauchen wir den europäischen Rahmen, den wir Politische Union nennen. Leider ist es aber auch vollkommen richtig, dass gerade

in der Stunde, in der wir mehr Europa benötigen, die Menschen skeptischer werden. Doch worauf genau zielt diese Skepsis? Etwa auf die Idee des Integrationsprozesses zur Bewältigung der neuen Herausforderungen oder auf die Institutionen in ihrer derzeitigen Ausgestaltung? Ich glaube, die Menschen wenden sich ab von der Form der EU, die demokratisch unzureichend legitimiert, intransparent und durch das Einstimmigkeitsprinzip im Rat der Regierungschefs handlungsunfähig ist. Um die EU wieder attraktiv für alle Bürgerinnen und Bürger machen zu können, müssen wir genau diese Punkte in Angriff nehmen.

**NG/FH:** Doch um das leisten zu können, benötigt die EU neue Formen, neue Institutionen und neue Instrumente der Regulierung. Welche Positionen vertreten die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament dazu und welche Rolle spielt dabei die deutsche Sozialdemokratie?

**Schulz:** Dazu muss man sich zunächst eines vergegenwärtigen: In der Agrarpolitik, der Wirtschafts- und Währungspolitik, der Umweltpolitik und vielen anderen Bereichen haben wir längst unsere Souveränität aufgegeben und auf die europäische Ebene gehoben. Die EU hat demnach in bestimmten Bereichen bereits eine Eigenstaatlichkeit entwickelt, aber wir haben das Gewaltenteilungsmodell, das wir aus dem Nationalrahmen kennen, nicht übertragen. Es gibt keine europäische Regierung, die von einem Parlament eingesetzt oder des Amtes enthoben werden kann, keine Regierung, die sich der europäischen Öffentlichkeit stellen muss. Aber genau dies benötigen wir: eine parlamentarisch kontrollierte Regierung für die Bereiche, in denen die EU die Zuständigkeit hat.

**NG/FH:** Allerdings ist die große Befürchtung vieler Menschen, dass Europa über eine solche Regierung zu einem Transfer-

system ausgebaut wird und die deutschen Steuergelder unkontrolliert ins europäische Ausland abfließen könnten. Liegt in einem solchen Modell unsere Zukunft? Und wenn dies die Zukunft ist, wie kann man sie den Bürgern vermitteln, ohne dass diese abgeschreckt werden?

**Schulz:** Zunächst gehört Ehrlichkeit dazu. In gewisser Weise besteht bereits jetzt eine Haftungs- und Transferunion. Zwar wurden Eurobonds, ein gemeinsamer Schuldentilgungsfonds und andere Vorschläge abgelehnt. In der Zwischenzeit verstärkte sich die Krise immer weiter, weil die Finanzmärkte natürlich registrierten, dass keine Kontrollinstrumente eingeführt wurden und sie somit immer weiter spekulieren konnten. Erst in dem Moment, als der EZB-Chef Mario Draghi ankündigte, Staatsanleihen aufzukaufen, um den Euro zu verteidigen, ist es erstmals gelungen, die Zinsen für Staatsanleihen in den Krisenstaaten abzusenken. Die bei der EZB gelagerten Staatsanleihen werden nun von den Inhabern der EZB verbürgt: den Euro-Staaten. In der Sache ist das eine gemeinsame Haftung. Im Falle eines Zahlungsausfalls werden die Inhaber der EZB für diesen Ausfall gemäß ihrem jeweiligen Einlagenanteil haften. Dies sollte den Bürgerinnen und Bürgern auch gesagt werden. Darüber hinaus bürgt die Bundesrepublik Deutschland bei allen anderen Rettungsschirmen zusammen bereits für über 400 Milliarden Euro. Wer also behauptet, es bestünde derzeit keine Haftungsunion, macht den Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands etwas vor.

Um die Menschen für die Idee der europäischen Integration zurückzugewinnen, empfehle ich einen Blick auf den niederländischen Wahlkampf. Diederik Samsom, der Vorsitzende der *Partij van de Arbeid* (*PvdA*), hat in seinem Wahlkampf von Anfang an gesagt, dass es ein weiteres Griechenland-Hilfspaket geben wird und dass auch die Niederlande dafür haften werden.

Das Ergebnis dieses Wahlkampfes war, dass er mit 9 % gestartet ist und am Ende 24 % erreicht hat, denn die Menschen honorierten seine Ehrlichkeit. Wenn Politiker also ehrlich zugeben, dass sie große Risiken eingehen müssen, um die Krise zu bewältigen, dass aber das Nicht-Handeln weit aus riskanter ist, dann wird sich das politisch auszahlen. Und im Fall der EU sieht es nun so aus, dass wir die Risiken eingehen müssen, um unsere Währung vor Spe-

**» Also stehen wir nun vor der Wahl: Gehen wir bestimmte Risiken ein, um ein Szenario abwenden zu können, das unverhältnismäßig hohe Belastung für uns alle verursacht, oder nicht? «**

kulanten zu schützen, dass wir aber auch erklären müssen, warum wir diesen Weg beschreiten.

**NG/FH:** Und warum möchte die Sozialdemokratie genau diesen Weg beschreiten?

**Schulz:** Erst vor kurzem stellte die Bertelsmann Stiftung eine Studie vor, in der die Folgekosten im Falle eines Zusammenbruchs der Eurozone untersucht wurden. Eines der Ergebnisse ist, dass allein für Deutschland die unmittelbaren Folgekosten etwa vier Billionen Euro betragen würden. Der Euro ist ja in Wahrheit eine Erfolgsgeschichte. Es war uns möglich, die Zinsen und die Inflation niedrig zu halten und, obwohl wir ein schwaches politisches System im Währungsraum haben, haben wir doch eine starke Währung. Warum sollten wir den Euro also auseinanderbrechen lassen? Die Folgen für Deutschland wären enorm. Allein durch die Aufwertung einer neuen D-Mark würde unser gesamter Export zusammenbrechen, an denen Tausende von Jobs hängen. Also stehen wir nun vor der Wahl: Gehen wir bestimmte Risiken ein, um ein Szenario abwenden zu können, das unverhältnismäßig hohe Belastung für uns alle verursacht, oder nicht?

**NG/FH:** Welche Politiker gibt es denn in Deutschland, die es schaffen, eine solch riskante Argumentation vorzutragen und durchzuhalten?

**Schulz:** In Deutschland hat sich gerade Peer Steinbrück in den letzten Wochen und Monaten deutlich positioniert. Man muss zwar der Fairness halber sagen, dass Angela Merkel nicht gänzlich anders argumentiert, aber sie äußert es nur zeitver-

zögert, dann, wenn sie gezwungen ist, den Weg zu gehen. Das liegt natürlich auch an ihrer eigenen Partei und ihren Koalitionspartnern. Dieses Zögern kostet die europäischen Steuerzahler aber eine Menge Geld.

**NG/FH:** Ist es für die SPD und Peer Steinbrück überhaupt möglich, in den nächsten Monaten einen offensiven pro-europäischen Kurs gegen die CDU und Frau Merkel durchzuhalten, welche sich bekanntlich vordergründig, aber wirksam als die Hüterin des deutschen Steuergeldes darstellt?

**Schulz:** Dieses öffentlich erzeugte Bild von Frau Merkel ist ja irreführend. Sie weigert sich nicht, deutsche Steuergelder herzugeben, sondern sie vermittelt es nur so. Das ist ihre Strategie. Doch die Realität ist, dass Deutschland bereits mit 400 Milliarden Euro im Zweifelsfall haften wird. Diese Verpflichtung ist Frau Merkel eingegangen. Deswegen wäre es in einem Wahlkampf auch viel wichtiger, diese falsche Rhetorik zu entlarven und offen und ehrlich den Menschen die Tatsachen darzulegen.

Ein anderes, gesamteuropäisches Problem ist die »Selbstermächtigung des Europäischen Rates«, um mit den Worten von Jürgen Habermas zu sprechen. Indem die

Staats- und Regierungschefs alle Entscheidungen auf ihre Ebene gezogen haben und mehr und mehr versuchen die Parlamente und die Kommission an den Rand zu drängen, kommt die Europäische Union nicht mehr voran, weil nun wieder einstimmig entschieden werden muss. Das funktioniert aber nicht, denn es gibt ja immer mindestens einen Regierungschef, der gerade in seinem Land Probleme hat und sich deshalb auf Kosten Europas profilieren will. Dabei hatte der Lissabon-Vertrag das Ziel, das Prinzip der Mehrheitsentscheidung im Europäischen Rat einzuführen und dadurch Vetos einzelner Staaten zu verhindern. Doch nun verkehrt sich dies ins Gegenteil. Dadurch verschärft sich diese Krise immer weiter.

**NG/FH:** Wenn man nun all diese Argumente aufgreift, vor allem die Einführung einer Wirtschaftsregierung und verstärkte parlamentarische Kontrolle dieser Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene:

Sind das schon die wichtigsten Schritte für das neue Europa oder was gehört noch dazu?

**Schulz:** Natürlich brauchen wir noch eine massive Kontrolle und Re-Regulierung der Finanzmärkte. Solange diese Märkte dereguliert sind, besteht weiterhin die Gefahr, dass sich solche Krisen wiederholen. Wie nötig eine Regulierung ist, sieht man auch, wenn man die Entwicklung der Krise betrachtet: 2008 hatten wir in der EU eine Neuverschuldung von durchschnittlich unter 3 % des BIP, dann kam die Krise und die Neuverschuldung der Staaten stieg auf 6-7 %. Diese Schulden wurden gemacht um die Banken zu retten, die sich verspekuliert hatten oder fahrlässig Kredite vergeben hatten, die nicht mehr zurückgezahlt werden konnten. Und jetzt verlangen genau diese, vom Steuerzahler geretteten Banken höhere Zinsen von den Staaten, von denen sie gerettet wurden. Dieses absurde System muss beendet wer-

den und ist auch das beste Beispiel dafür, dass wir eine europäische Ratingagentur benötigen, die andere Standards für ihre Bewertung ansetzt als die drei amerikanischen.

Ein anderer Punkt ist die geplante Einführung der Finanztransaktionssteuer. Bislang wollen sich nur elf Staaten an der Umsetzung beteiligen, aber ich bin zuversichtlich, dass es noch deutlich mehr werden. Ein weiterer Punkt ist die zunehmende Entsolidarisierung vieler Reicher, durch Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Wa-

ro einzuführen, nicht nur die 17, die das bisher getan haben. Nur Großbritannien und Dänemark sind davon ausgenommen, weil sie ein sogenanntes »opt out« beim Euro haben. Deshalb rate ich dazu, dass wir mehr danach schauen, wie wir schneller die starken europäischen Volkswirtschaften in den Euro bekommen, anstatt immer darüber zu spekulieren, wer den Euro verlassen sollte. Man nehme beispielsweise Polen, die zurzeit dynamischste Volkswirtschaft der Europäischen Union mit einer pro-europäischen Regierung, die

**» Ich rate dazu, dass wir mehr danach schauen, wie wir schneller die starken europäischen Volkswirtschaften in den Euro bekommen, anstatt immer darüber zu spekulieren, wer den Euro verlassen sollte. «**

rum versucht Deutschland ein bilaterales Abkommen mit der Schweiz zu schließen und macht das nicht gemeinsam mit der gesamten EU? Würde die EU über ein Steuerabkommen mit der Schweiz verfügen, dann hätten wir auch Zugriff auf die Milliarden von Steuerflüchtlingen aus Griechenland. Die nötige Finanzmarktregulierung umfasst also sehr viel mehr als das Verbot von Leerverkäufen und die bereits beschlossenen anderen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang wird jedoch immer wieder argumentiert, dass vieles erst umgesetzt werden könnte, wenn es auch eine europäische Wirtschaftsregierung gäbe. Aber das stimmt so nicht. Viele Maßnahmen könnten bereits jetzt umgesetzt werden. Allerdings stehen dem immer wieder einzelne EU-Mitgliedsstaaten im Weg, die eine Einigung verhindern.

**NG/FH:** Führt das zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten, mit der Eurozone als Kerneuropa und dem Rest als Peripherie?

**Schulz:** Nein, das Denken des »17 plus X« ist falsch. In den europäischen Verträgen steht deutlich geschrieben, dass sich alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichten, den Eu-

sich zweimal gegen Euroskeptiker durchsetzen konnte. Wir müssen also einen anderen Ansatz verfolgen. Für mich wäre das »27 minus X«, also alle Staaten, ausgenommen die, die nicht mitmachen wollen. Das sind Großbritannien und gegebenenfalls Dänemark. Allerdings hat Dänemark bereits seine Krone an den Euro gekoppelt und hat damit auch ein Interesse an einem stabilen Euro.

**NG/FH:** Nun sind viele der genannten Reformen und der Fortgang des Integrationsprozesses selbst strittig. Wo verlaufen die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern dieses Projekts innerhalb der Europäischen Union?

**Schulz:** Es ist schwer, darauf eine Antwort zu geben. Die Konfliktlinie um den Integrationsprozess läuft mitten durch die Gesellschaften, Parteien und Institutionen. Es gibt bei dieser Frage kaum homogene Einheiten. Zwar kann man einige Aufteilungen vornehmen, so zum Beispiel in der Frage, wie die Krise gelöst werden soll. Das konservativ-liberale Lager setzt ausschließlich auf Haushaltsdisziplin, um Vertrauen der Investoren zurückzugewinnen und dadurch Wachstum zu erzeugen. Eine reine Austeri-

tätspolitik funktioniert aber nicht, wie wir in Südeuropa sehen, wo sich trotz massiver Sparmaßnahmen die Schuldenkrise verschlimmert hat, weil die Wirtschaft zusammengebrochen ist. Das eher linke Lager hingegen verfolgt den Ansatz der Haushaltsdisziplin in Verbindung mit Investitionen, um neues Wachstum zu generieren.

Aber neben dieser Konfliktlinie existiert noch eine weitere im Hinblick auf den gewollten Integrationsgrad. So ist beispielsweise Großbritannien einerseits an einem stabilen Euro interessiert, damit es weiter ins europäische Ausland exportieren kann, andererseits aber will dieses Land zum Schutz der Londoner City keinerlei Finanzmarktregulierung. Da sind natürlich alle anderen dagegen und somit musste eine Konstruktion gewählt werden, die die Briten außen vor lässt.

Eine dritte Konfliktlinie betrifft zudem die zukünftige Finanzierung der EU. In diesem Bereich lassen sich die Länder in zwei Lager aufteilen: in die *Friends-of-better-spending*, sozusagen die Nettozahler, und in die *Friends-of-cohesion*, also die Empfängerländer. Das Interessante daran ist, dass in den beiden Lagern sowohl sozialdemokratische wie auch konservative Regierungen zu finden sind.

**NG/FH:** Nun steht in Deutschland in diesem Jahr der Bundestagswahlkampf an. Im französischen Präsidentschaftswahlkampf gab es zwischen Merkel und Sarkozy einen Schulterchluss, wird man einen solchen auch von Hollande und den deutschen Sozialdemokraten erwarten können?

**Schulz:** Es ist völlig klar, dass eine sozialistische Regierung in Frankreich lieber mit einer sozialdemokratischen in Deutschland arbeiten möchte als mit einer konservativen. So wie Angela Merkel natürlich näher bei Nicolas Sarkozy war als bei François Hollande. Diese Entwicklung hat auch etwas Positives, denn wir alle in Europa sitzen in einem Boot und müssen ak-

zeptieren, dass es nicht mehr um nationalstaatliche Interessen geht, sondern um europäische. Heute müssen wir uns dafür interessieren, wer in den anderen europäischen Staaten regiert und wie die Wahlen dort ausgehen. Denn mit jeder Wahl kann die eine oder die andere Politik in Europa weitere Fürsprecher gewinnen. Daher gehe ich davon aus, dass im deutschen Bundestagswahlkampf auch die Europapolitik eine Rolle spielen wird.

**NG/FH:** Wird das Europa-Thema im deutschen Wahlkampf große Kontroversen hervorbringen oder werden die Parteien das eher umgehen, weil sie inhaltlich gar nicht so weit auseinander liegen?

**Schulz:** Beides, es gibt Gemeinsamkeiten beim Willen, den Euro und Europa zu stabilisieren und voranzubringen, doch sicherlich gibt es große Unterschiede in der Art und Weise, wie dies geschehen soll, und diese werden thematisiert. Im Bundestagswahlkampf werden wir darüber streiten, wer für die Kosten der Krisenbeseitigung aufkommt: nur die einfachen Arbeitnehmer und die sozial Schwächeren? Oder auch die Krisenverursacher, wie Spekulanten und Banken? Dann wird es darum gehen, ob wir unseren Kontinent für das 21. Jahrhundert fit machen wollen, indem wir in Zukunftstechnologien investieren und die notwendigen Struktur-reformen voranbringen oder ob wir durch eine Renationalisierung Europas den sicheren Abstieg in die internationale Bedeutungslosigkeit beginnen.

Ich freue mich auf diesen Streit, denn dadurch haben wir die Chance, dass wir darüber sprechen, welches Europa wir wollen. Ich möchte ein Europa, das sein solidarisches Gesellschaftsmodell auch in Zeiten der Globalisierung verteidigt, in dem die Einhaltung der Menschenrechte ein Markenkern ist und welches bei der Entwicklung von nachhaltiger Spitzentechnologie führend bleibt. ■